



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

185. Ratssitzung vom 9. Februar 2022

4974. 2020/450

**Postulat von Luca Maggi (Grüne) und Natascha Wey (SP) vom 21.10.2020:
Aufnahme des Themenbereichs «Diskriminierung» in die Bevölkerungsbefragung
der Stadt Zürich**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegzunehmen.

Luca Maggi (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3062/2020): Wir erhoffen uns, dass wir mit diesem Postulat in Zukunft Antworten erhalten, wo in der Stadt Zürich Handlungsbedarf betreffend Diskriminierungsbekämpfung besteht. Wir fordern den Stadtrat deshalb auf, den Themenbereich Diskriminierung entweder in die Bevölkerungsbefragung, die die Stadt seit dem Jahr 1999 in regelmässigen Abständen durchführt, aufzunehmen, oder alternativ eine eigenständige Befragung zu diesem Thema durchzuführen. Es ist wichtig, dass wir in der Stadt Zürich wissen, wo in diesem Bereich Handlungsbedarf besteht. Wir sind der Meinung, dass mindestens in den Bereichen Geschlecht, Herkunft und Nationalität, Aufenthaltsstatus, sexuelle Orientierung und Identität, Religion, aber auch Alter oder physische oder psychische Beeinträchtigung Diskriminierungserfahrungen aufgenommen werden sollten. Dabei soll auch erfasst werden, durch wen die Diskriminierung aus Sicht der Diskriminierten stattfindet. Ob dies über die regelmässige Bevölkerungsbefragung oder über eine eigenständige Befragung erhoben wird, möchten wir dem Stadtrat überlassen.

Roger Bartholdi (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 4. November 2020 gestellten Ablehnungsantrag: Es ist ein Fakt, dass Diskriminierung überall und viel zu oft stattfindet. Diskriminierungen zeigen sich vielfältig; sei dies aufgrund von Geschlecht, Nationalität, Aufenthaltsstatus, sexueller Orientierung, Religion, Alter oder physischer oder psychischer Beeinträchtigung. Es gibt noch viele weitere Formen der Diskriminierung. Wer mit einem SVP-Plakat am Limmatplatz steht, weiss, dass Diskriminierung auch auf politischer Ebene stattfindet. Es geht hier aber nicht um die Bekämpfung von Diskriminierung, die natürlich auf jede Art und Weise zu verurteilen und kategorisch abzulehnen ist, sondern um die Bevölkerungsbefragung oder allenfalls eine zusätzliche Studie oder einen Auftrag. Die Bevölkerungsbefragung der Stadt ist sehr umfangreich und beinhaltet bereits genügend Fragen. Man könnte immer noch mehr fragen, aber es gilt, mit dem Umfang der Fragen verhältnismässig umzugehen, weil sonst niemand mehr an der Umfrage teilnimmt und die Repräsentativität leidet. Man muss sich bei jeder Frage überlegen, ob sie sinnvoll und was ihr Mehrwert ist. Das Thema Diskriminierung ist unbestritten wichtig. Wir stellen aber fest, dass man fast jeden Tag von Studien und Befragungen zum Thema Diskriminierung liest. Solche Studien finden also bereits laufend statt. Man wird wohl kaum zu neuen Erkenntnissen ge-



2 / 3

langen, wenn man die Diskriminierungserfahrung in den Bevölkerungsbefragungen erhebt. Diskriminierung ist ausserdem nicht nur ein städtisches Problem; wäre es ein spezifisch zürcherisches Problem, müsste es erhoben werden. Diskriminierung findet aber überall statt – auch in Basel, Bern, Genf oder in einem Seitental im Bündnerland. Die Befragung müsste schweizweit durchgeführt werden. So könnte man auch evaluieren, ob in einem Kanton mehr Diskriminierung stattfindet als in anderen. Wir sehen keinen Mehrwert darin, wenn die Stadt Zürich eine solche Befragung alleine macht – das kostet nur viel Geld und Zeit. Wir sehen es zudem kritisch, wenn gefragt wird, durch wen man Diskriminierung erfährt. Was für Antworten erwartet man hier? Die einen werden von ihren Nachbarn diskriminiert, andere von ihrer Familie und wieder andere im Geschäft. Man wird hundert unterschiedliche Antworten erhalten, die kaum einen Mehrwert haben. Ich bitte Sie, diese Umfrage seriös zu machen und dieses umfangreiche Thema schweizweit zu erheben. Es macht keinen Sinn, das Thema in die Bevölkerungsbefragung aufzunehmen, nur damit man es adressiert hat. Es müsste wahrscheinlich wirklich eine eigene Umfrage geben, weil es hier eher um eine Studie als um einzelne Fragen geht. Damit öffnen Sie aber die Büchse der Pandora, ohne wirkliche Erkenntnisse zu erlangen. Es ist unklar, was mit den Antworten passieren soll und was sich danach ändern wird. Es wäre sinnvoller, diese Befragung in übergeordneter Instanz durchzuführen und somit Ergebnisse zu erhalten, die man schweizweit vergleichen könnte. Eine solche Umfrage ist extrem umfangreich; will man beispielsweise Diskriminierung aufgrund von Geschlecht erfragen, müsste man auch nach den genauen Gründen und Umständen der Diskriminierung fragen. Wenn man diese Befragung wirklich ernst nimmt, muss man sie seriös angehen. Mit einigen Fragen erreicht man keine wissenschaftlichen Erkenntnisse, sondern kann höchstens ein Bauchgefühl abfragen. Die Umfrage würde zeigen, dass Diskriminierung oft stattfindet. Ich würde aber lieber dafür sorgen, dass man Diskriminierung reduzieren kann. Wir müssen die Augen offenhalten, damit Diskriminierungen gar nicht erst stattfinden können. Wer eine Diskriminierung beobachtet, soll das direkt ansprechen.

Weitere Wortmeldungen:

Yasmine Bourgeois (FDP): Diskriminierung darf selbstverständlich nicht toleriert werden. Ich möchte aber betonen, dass es in der Stadt Zürich diverse Stellen gibt, die sich mit diesen Themen auseinandersetzen, zum Beispiel die Fachstelle Rassismus oder Anlaufstelle für Rassismus, die koordinierte Arbeitsgruppe zur Bekämpfung von Diskriminierung, die Fachstelle für Gleichstellung, Sozialberatung und vieles mehr. Unserer Meinung nach braucht es den Vorstoss nicht unbedingt. Wir haben aber nichts dagegen, wenn das Thema in die Bevölkerungsbefragung aufgenommen wird. Es braucht dafür keine separate Befragung, weil es genügend Stellen gibt, die sich bereits mit dem Thema auseinandersetzen. Wir schlagen deshalb die Streichung des Satzes «Alternativ kann der Stadtrat auch eine eigenständige Befragung zu diesem Thema prüfen» vor. Mit dieser Änderung würden wir dem Vorstoss zustimmen.



3 / 3

Luca Maggi (Grüne): *Es ist uns wichtig, dass die Expertinnen und Experten, die diese Umfrage entwickeln, eine gewisse Freiheit haben. Ist der Stadtrat der Meinung, dass das Thema durch diverse Stellen bereits ausreichend abgedeckt und die Bevölkerungsbefragung der richtige Ort für die Erhebung ist, dann wird er das Thema auch in die Bevölkerungsbefragung aufnehmen. Wir lehnen den Textänderungsantrag deshalb ab.*

Das Postulat wird mit 81 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat